

Über einen Ausweg aus der keineswegs bloß weiblichen Arbeitslosigkeit durch einen alles andere als weiblichen Zugang zum Computer

Von Wiebke Fritze

Daß Frauen mit Hochschulabschluß in der Regel häufiger arbeitslos sind als akademisch ausgebildete Männer, ist bekannt. Daß mit der Quantität arbeitsloser Wissenschaftlerinnen eine neue, weibliche Qualität der Arbeitslosigkeit entstehen soll, ist eine Behauptung, die selber noch einmal an dem bürgerlichen Vorurteil eines besonderen Verhältnisses der Frauen zur Lohnarbeit festhält, wo doch die manifeste Benachteiligung der weiblichen Ware Arbeitskraft nur ein Instrument unter anderen ökonomisch eindeutigen, ideologisch freilich hochdifferenzierten Instrumenten zur rücksichtslosen Realisierung von Profitinteressen ist. Weit belastender als geschlechtsbedingte Beeinträchtigungen ist für die arbeitslosen Hochschulabgänger die mit der Arbeitslosigkeit schlechthin verbundene, ganz und gar geschlechtsunspezifische Frage, wie sie unter den durch das Kapital gesetzten Lebensverhältnissen künftig ihren Unterhalt finanzieren können. Dieses Problem entsteht vor allem deshalb, weil die Einrichtungen, auf deren Bedarf hin die vornehmlich von Arbeitslosigkeit betroffenen Sozial- und Geisteswissenschaftler ausgebildet wurden, die staatlichen und sozialverwaltenden Institutionen, keine genügend große Zahl von Stellen ausschreiben und daher viele Berufsvorstellungen hinfällig werden. Hinzu kommt, daß den Unternehmen der „freien Wirtschaft“ die an der Hochschule erreichte vielfältige und mit den für geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer typischen Interessen am Gegenstand und am Fachgebiet erzielte Qualifikation häufig nicht in ihre Verwertungsabsichten hineinpaßt.

Einer der Versuche, die übrigbleiben, einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit zu finden, treibt eine große Anzahl von Hochschulabsolventen in die bürokratische Vermittlung durch die Arbeitsverwaltung, deren Arbeitsberater zwar auch nichts Adäquates zu vermitteln haben, aber als Ersatz die Teilnahme an einer beruflichen Fortbildung in elektronischer Datenverarbeitung als zukunftssträchtige Berufsperspektive anbieten.

Bevor jedoch die Kurs- und Terminalräume für die Teilnehmer aufgeschlossen werden, ermittelt ein sogenannter „Maßnahmeträger“, ein Unternehmen, welches in der EDV ausbildet, erst einmal die persönliche Tauglichkeit für diesen Arbeitsbereich durch einen ausführlichen psychologischen Test, der vorgibt, die logischen Kombinations- und Wahrnehmungsfähigkeiten zu messen und von dessen erfolgreichem Bestehen die Teilnahme an einem Kurs zuallererst abhängt. Tatsächlich aber dürfte die mehrere Stunden dauernde schriftliche Testprozedur im wesentlichen nur die persönliche Belastbarkeit unter Zeitdruck und schnell wechselnden Anforderungen erfassen. Sie gibt dadurch bereits ein anschauliches Bild von dem in einem Kurs zu erwartenden Leistungsdruck und der damit einhergehenden Unterordnung unter fremdbestimmte Vorgaben. Ferner müssen potentielle Teilnehmer ihren nachhaltigen, d.i. ca. sechs Monate bestehenden Ausschluß aus dem „Verein der arbeitenden Mitbürger und Mitbürgerinnen“¹ nachgewiesen haben und behördlicherseits anerkannt bekommen, das heißt ihre Arbeitskraft muß der Behörde als nicht oder schwer vermittelbar gelten. Letzteres weist man nach durch erfolglose Bewerbungen um die für Akademiker ohnehin raren und obendrein noch meist durch Absprachen vergebenen Stellen; mit anderen Worten, der Nachweis ist zwar arbeitsaufwendig, aber nicht schwer zu erbringen. Ein letztes, entscheidendes Kriterium ist das Alter des Kandidaten, denn Arbeitslose, die bereits älter als 36 Jahre sind, dürfen nur ausnahmsweise an einer längeren Fortbildung teilnehmen, wohl weil bei diesen sich die Investition in die Ausbildung im Verhältnis zur verbleibenden ausbeutbaren Lebensarbeitszeit nicht mehr lohnt.

Bevor also überhaupt irgendein Inhalt des stumpfen Lernstoffs Zweifel an der nochmaligen Berufswahl wecken könnte, wird diese bereits durch den dafür amtlich geforderten Aufwand der an sie geknüpften Illusion beraubt, hier würde etwas zum eigenen Wohl und für's persönliche Fortkommen getan, und dieses könne durch das eigene Einverständnis noch befördert werden.

Gleichzeitig bauen sich neue Illusionen und Hoffnungen auf, die eigenen Interessen doch nicht ganz dem Computer preisgeben zu müssen, eine mögliche Verbindung der eigenen Kenntnisse und primär gelernten Fähigkeiten mit den

¹ In diesem wie in allen anderen, durch Anführungszeichen gekennzeichneten Fällen handelt es sich um im Unterricht und in Gesprächen aufgeschnappten und entsprechend frei wiedergegebenen Fachjargon.

sekundär erworbenen Fertigkeiten herzustellen. (Solche Meinungen wurden anfangs in jeder Vorstellungsrunde der Teilnehmer bei den wechselnden Dozenten geäußert, je weiter der Kurs aber fortgeschritten war, desto mehr überwältigte der „Realismus der EDV“ die früheren Intentionen und Hoffnungen auf eine Verbindung von technischem Können und theoretischen Kenntnissen.) Solche Hoffnungen entstehen u.a. auch daraus, daß es sich bei den Kursen um eine de facto zwar völlig neue Berufsausbildung zur Verbesserung der Chancen auf dem „freien Arbeitsmarkt“ (es wird sogar versprochen, daß mindestens 90% der Teilnehmer „erfolgreich“ vermittelt werden können), dem offiziellen Verständnis nach aber nur um eine Fortbildung handelt, da eine abgeschlossene Berufsausbildung (Hochschulabschluß) vorausgesetzt wird. Wenn aber „Fortbildung“ die entscheidende Prämisse dieser arbeitsamtlich geförderten „Maßnahme“ ist, worin wird dann fortgebildet, wenn aus der Anlage eines solchen Kurses deutlich genug hervorgeht, daß die in der Regel geistes- oder sozialwissenschaftlich Vor- und Ausgebildeten mit ihrer Ausbildung im Zusammenhang mit den Inhalten der Fortbildungsmaßnahme kaum noch etwas anfangen können? Worin besteht die Fortbildung, wenn es dem Verständnis des Arbeitsamtes und dem Selbstverständnis des nach dem Prinzip des Profit-Centers organisierten Ausbildungsunternehmens keine regelrechte, also zum Beispiel krankheitsbedingte Umschulung sein soll, die es faktisch zwar ist, aber per definitionem nicht sein darf? Wenn also der Begriff Umschulung gewissermaßen dekreterisch nicht angewendet wird, dann muß man fragen, was oder welche Art von Bildung real mit einer solchen vom Arbeitsamt immerhin mit ca. 30 000 DM an Sachkosten finanzierten Maßnahme fortgesetzt oder weitergebildet, auf einen fortgeschritteneren Entwicklungsstand gebracht werden soll, wenn nicht die bisher immerhin zu den höchsten erreichbaren Bildungsstufen gehörige Ausbildung. Warum wird eine zusätzliche Ausbildung überhaupt nötig für so qualifizierte Frauen und Männer, die zugelassene Richter, Mediziner, Lehrer, promovierte und diplomierte Sozialwissenschaftler, Biologen, Psychologen, Volkswirte, Sprachwissenschaftler etc. sind und die doch – folgt man dem traditionellen Anspruch der Universität – ein umfassendes und auf die Gesellschaft bezogenes Reflexionswissen erworben haben? Weil weder der Staat noch die Unternehmen alle diese Leute brauchen können, scheint es so zu sein, und die subtil verächtliche Behandlung auf dem Arbeitsamt verstärkt noch den Eindruck, als hätten sie

allesamt gerade durch ihre Ausbildung ein irgendwie geartetes, kaum faßbares Defizit. Obwohl es sich bei diesem subjektiven Mangel doch in Wahrheit um etwas objektiv Überflüssiges gewordenes, nämlich ihr Reflexionswissen handelt, erkennen die arbeitslosen Akademiker dies nicht als Resultat einer gesellschaftlichen Entwicklung, sondern begreifen sich selbst als defizitär und betrachten (insgeheim) ihre Arbeitslosigkeit als eigene Leistungsunfähigkeit und Unzulänglichkeit. Im Unterschied zu arbeitslos gewordenen Arbeitern oder Angestellten, konnten die noch nicht im vollen Sinne berufstätig gewesenen Akademiker (schließlich war jede andere Arbeit vorher nur ein Job) gar kein ausgeprägtes Bewußtsein berufspraktischer Kompetenz ihrer Fähigkeiten entwickeln, und mit der Unvermittelbarkeit ihrer Arbeitskraft scheinen alle bisherigen Anstrengungen und Interessen nachträglich sinnlos zu werden.

Den Personalleitungen der Unternehmen und den Verwaltern der Arbeitslosigkeit kommt diese Selbsteinschätzung vieler Arbeitsloser gerade recht, denn sie gilt ihnen als Garantie für eine erhöhte Anpassungsbereitschaft, die noch verstärkt wird durch die „Unerfahrenheit der Hochschulabgänger in der Arbeitswelt“, ein demonstrativ „kritisch“ beurteilter Mangel. (Auch das ausgedehnte oder geradezu lange Studium, das Festhalten an den mit der Universität verbundenen Lebensformen und Arbeitszusammenhängen wird als ausgesprochenes Defizit der Persönlichkeitsentwicklung betrachtet und muß deshalb in späteren Bewerbungen zu einem Bestandteil der „Persönlichkeitsfindung“ umgelogen werden.) Allererst dieses durch die Arbeitswelt definierte subjektive Manko macht die Fortbildung als Vorbereitung für den „Arbeitsmarkt“ nötig und gleichzeitig zu einer Art Einübung in gesellschaftliche Anpassung. Ziel der „Erziehung“ ist die Affirmation der bestehenden Verhältnisse in Gestalt angepaßter, das heißt verantwortungsbewußter Berufstätigkeit in einem „Vollzeit-Arbeitsverhältnis“. Wer sich nach einem abgeschlossenen Hochschulstudium noch der Strapaze eines eineinhalb Jahre dauernden Schulbetriebs unterzieht, der ist auch bereit, sich dem Kommando über Arbeit unterzuordnen. Auf diese Weise wird der frustrierte Hochschulabsolvent positiv in die „Gemeinschaft der Arbeitenden“ eingegliedert und erhält vielleicht doch noch den mit dem Hochschulstudium indirekt versprochenen Platz in der Zweidrittelgesellschaft, das Privileg eines Arbeitsplatzes mit überdurchschnittlichem Einkommen.

Unter diesen Voraussetzungen beginnt nun ein Umschulungskurs, der die Hochschulabsolventen das Programmieren, Kommunizieren, Verdaten, Vernetzen und maschinengerechte Verwalten lehrt. Die einzelnen Abschnitte des Rehabilitationsprogramms bestehen im wesentlichen: 1. in einer ideologischen Grundausbildung durch das herrschende Ökonomieverständnis der Betriebswirtschaftslehre; 2. in der Einübung von Verfahren zur „Reduktion von Komplexität“, der Logik von Programmstrukturen und der Syntax mehrerer Programmiersprachen; 3. in praktischen Unterweisungen und Übungen zum Erwerb einer „kommunikativen Kompetenz“ zur Durchsetzung und Organisation von EDV-Anlagen in Betrieben und 4. in der Aneignung von Warenkunde durch Produktschulung.

Die ideologische Grundausbildung wird in mehreren Wochen Betriebswirtschaftslehre erteilt, sechs Stunden Unterricht am Tag, mit Pausen 7½ Stunden Anwesenheitspflicht. Mit sichtlich begeistertem Vortrag wird in diesem Zeitraum eine Kurzfassung des BWL-Grundstudiums an die Teilnehmer gebracht und eingepaukt, um das in der ohnehin geringen freien Zeit wie zu Schulzeiten auswendig Gelernte in mindestens zwei schriftlichen Klausuren, „Lernerfolgskontrollen“, wieder abzufragen. Gegenstände sind u.a. Aktienrecht, Personalwirtschaft, Finanzbuchhaltung, Rechts- und Organisationsformen von Unternehmen, Rechte und Haftungspflichten von Gesellschaftern, Mitbestimmung selbstverständlich auch, aber nur am Rande, Marketing, Führungsstile von Managern, die mitarbeiter- oder arbeitsorientiert (das heißt eher integrativ oder eher autoritär) in der Lage sein sollen, die Angestellten positiv für das Unternehmensinteresse zu motivieren. Für Diskussionen, zum Beispiel über den manipulativen Charakter mehr als fragwürdiger „Führungskonzepte“ („Führung intendiert bei den Untergebenen, daß sie die Betriebsziele ohne Zwang als eigene Ziele begreifen und die Erreichung dieser Ziele als eigenes Fortkommen, als Erfolg verstehen.“) oder decouvrierend geschichtslose Wendungen wie „Der Führer (gemeint ist der Manager) soll ja gerade die bestehenden Konflikte zu funktionalen Gegensätzen umwandeln“, war angesichts der vorgegebenen und einzuhaltenden Termin- und Unterrichtsplanung gar keine Zeit vorhanden. Überhaupt ließ der ungewohnte und auspowernde Vollzeitunterricht, das Nudeln mit ökonomischer Ideologiebildung Möglichkeiten zum Widerspruch erst gar nicht zu, und etliches vom täglich Gehörten drang erst später in seiner

demagogischen Bedeutung ins Bewußtsein und blieb allenfalls der privaten Verarbeitung überlassen. An dieser Situation läßt sich bereits nach den ersten Wochen einer der Mechanismen erkennen, der für solche Kurse substantiell ist und derartige Maßnahmen rentabel und effizient werden läßt: die Anpassung an ein widerspruchloses Berufsleben durch die Erfahrung der Ohnmacht gegenüber dem Betrieb, die jeder einzeln mit sich nach Hause trägt und dort in irgendwelche symptomatischen Ecken stopft oder als umgeleitete Konflikte ausagiert.

Im Anschluß an diesen „Crashkurs“ in Betriebswirtschaftslehre beginnt dann die eigentliche Ausbildung im Programmieren und Bedienen der Maschinen. Das Programmieren besteht vor allem darin, einen als Text formulierten, inhaltlichen Zusammenhang in einen abstrakten, sequentiellen Ablauf mit einem Anfang und einem Endpunkt umzuformen, der die in der Aufgabenstellung beschriebenen Funktionen erfüllt. Das anspruchsvoll als „Logik“ der strukturierten Programmierung bezeichnete Verfahren ist dabei ein durch DIN-Normen festgeschriebenes Regelsystem zur Darstellung eines Programmablaufes aus bestimmten (graphischen) Symbolen in einem „Struktogramm“. Die auf lineare Abläufe zu reduzierenden Funktionszusammenhänge beinhalten meist Verwaltungsprobleme von Dingen und Menschen sowie damit zusammenhängende Berechnungen und Überprüfungen aller Art: Zum Beispiel sollen aus einer Datensammlung von den Grünanlagen einer Stadt nur diejenigen auf dem Bildschirm ausgegeben werden, die als Park ausgewiesen sind und eine bestimmte Größe überschreiten; für einen variabel einzugebenden Zinsfuß und ein Anfangskapital sowie einer festgelegten Laufzeit soll der Endkapitalwert berechnet werden; aus dem Personaldatenbestand einer Firma sollen alle Angaben über Mitarbeiter angezeigt werden, die älter als fünfzig Jahre sind und weniger als zehn Jahre dem Betrieb angehören. Die Aufgaben sollen der „realitätsnahen Übung“ von Auswahlverfahren dienen, doch über den Sinn und die Zwecke der verschiedenen Aufgabenstellungen überhaupt zu reden, sie gar in Frage zu stellen und damit die Funktion und Funktionalität der EDV zu problematisieren ist keine Zeit vorhanden. Angesichts der Mühe, die mit der programmierlogischen Strukturierung dieser Selektions-, Kontroll- und Prüffunktionen verbunden ist, vergeht so mindestens in der Aneignungsphase nahezu jeglicher kritische Gedanke, und die gesellschaftlich allgemeine „Akzeptanz“ dieser Verfahren kann fast ungehindert ihr Unwesen treiben.

Diese Tendenz verstärkt sich noch bei der Anwendung der zu erlernenden Programmiersprachen, weil syntaktische und semantische Schwierigkeiten zu den programmlogischen Problemen hinzukommen, denn die Programmiersprachen sind ausschließlich durch ihre Syntax definierte, formale Befehlsfolgen und haben mit der gewohnten Reflexivität und Überdeterminierung der menschlichen Sprache gar nichts mehr gemeinsam. Um mit einer Programmiersprache eine dieser Aufgabenstellungen umzusetzen, syntaxgerecht zu „codieren“, müssen nicht nur die syntaktischen Regeln pedantisch genau eingehalten werden, sondern bedarf es auch sehr viel Schreibarbeit am Bildschirm, denn schon kleinere Programme bestehen aus 500-1000 Zeilen. Gegenüber dieser durch die Programmlogik und die technische Apparatur heteronomisierten Praxis wird die Behauptung mancher Feministinnen, es gäbe einen weiblichen Zugang zum Computer, ebenso wie die eher „maskuline“ These vom kreativen Umgang mit ihm zum blanken Hohn. Ein Tippfehler, ein Punkt zuviel, eine Leerstelle zuwenig oder eine Anweisung in der falschen Reihenfolge geschrieben, schon weist ein Übersetzungsprogramm zur Herstellung des Maschinencodes die ungefähre Zeile und definierte Art des Fehlers nach. Die Korrekturen derartiger Fehler sind am Bildschirm eine ermüdende und auspowernde Plackerei, die noch durch einen latenten Leistungs- und Gruppendruck verschärft wird (Bei welcher der indirekt konkurrierenden Arbeitsgruppen aus drei oder vier Personen läuft das Programm zuerst?). Können aber die syntaktischen Fehler noch relativ einfach behoben werden, so ist die Suche nach Fehlkonstruktionen in der Programmstruktur, welche die von den maschinellen Voraussetzungen erzwungene Funktionsweise, die „Lauffähigkeit“ des Programms, betreffen, ungleich schwieriger. Unter den Sachproblemen dieser „Abstraktionsarbeit“ verschwindet praktisch die Reflexion auf die Problematik des Gegenstands. Die programmierte Verwaltung von Datensätzen ist formell dieselbe, und zwar ganz gleich, ob es sich um Schrauben oder Menschen handelt. Eine auf die Reflexion der ökonomischen Zweckbestimmungen und gesellschaftlichen Zielsetzungen orientierte Aneignung der technisch-praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten ist weder intendiert noch überhaupt gewünscht. Die von den sozial- und geisteswissenschaftlich vorgebildeten Teilnehmern angeeignete Kritikfähigkeit und gelernten Problematisierungsformen finden in diesem Zusammenhang keine Artikulationsmöglichkeiten und kommen nur mehr symptomatisch zum Ausdruck,

zum Beispiel in der selbstverständlich als „konstruktive Kritik“ gemeinten, ständigen Diskussion und Beurteilung der verschiedenen Unterrichtstile der Dozenten oder einfach im häufigen Fehlen.

Nicht allein die praktisch-handwerklichen Grundkenntnisse der Bedienung und Programmierung von Computern werden im Unterricht vermittelt und an den Geräten trainiert, sondern auch die kommunikativen und organisatorischen Techniken, die für ihre Durchsetzung und ihren Einsatz in den Büros als notwendig gelten. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich für die privaten Unternehmen und staatlichen Institutionen aus den mehr oder weniger artikulierten Widerständen, die sich gegen eine in ihren gesellschaftlichen Folgen unreflektierte Praxis und die ausschließlich an Unternehmensinteressen orientierten Zwecke dieser Apparate und Automaten richten. Zur Durchsetzung der immer mit Rationalisierungen und verstärkten Kontrollen der Beschäftigten verbundenen Technik bedarf es besonders vermittlungsfähiger und vor allem dazu bereiter Organisatoren. Einschnappend könnte man meinen, daß hier besonders die Frauen mit ihrer anerzogenen oder auch nur nachgesagten Vermittlungsbereitschaft und ihren Fähigkeiten zur Harmonisierung von Konflikten für Herrschafts- und Kapitalinteressen instrumentalisiert werden sollen, doch vermittelt wird ein geschlechtsneutraler Manipulationszusammenhang, in dem nicht auf spezifische Sozialisationsmuster rekurriert wird, sondern Frauen und Männer gleichermaßen abstrakte Kommunikationstechniken und Verhaltensregeln für ihre Organisations- und Durchsetzungsarbeit lernen; vielleicht einmal geschlechtstypisch erlernte Verhaltensmuster werden 'entnaturalisiert' zu einem zur Strategie objektivierten Teil des Betriebs, und in diesem sind auch die Frauen nichts anderes als eine die Mehrwertproduktion verwaltende, neutrale Ware Arbeitskraft. Unter diesen Bedingungen läuft die „neue Emanzipation“ der Frauen in den als typisch für Männerberufe geltenden Arbeitsbereichen in Wahrheit allenfalls auf die alte, vom Geschlecht emanzipierte Ware Arbeitskraft hinaus.

Solche „gut geschulten Führungskräfte“ sollen ein Organisations- und Technikkonzept durchsetzen, das übereinstimmt mit den Zielen der Unternehmen. Die „Gewinnerzielungsabsicht“ der Unternehmen, ihr Profitinteresse, wird darin in so allgemeine Formeln gekleidet wie zum Beispiel „Wettbewerbsfähigkeit zu

erhöhen, Produktpaletten zu erweitern und Umsätze zu steigern“, oder hinter den sogenannten Kundeninteressen versteckt: nämlich „die Reagibilität auf die Anforderungen des Marktes zu erhöhen, die Durchlaufzeiten zu verkürzen, die Arbeitsteilung zu verringern“ bzw., was auf eine verstärkte Ausbeutung der Beschäftigten durch Intensivierung der Arbeit hinausläuft, „die Bearbeitungszeit zu verkürzen, die Bearbeitungsqualität zu erhöhen“. Gelernt wird an einem mit diesen typischen Zielen definierten Büroprojekt die Planung der „Kommunikation im Büro“ durch den „Einsatz bedarfs- und leistungsgerechter Technik in einem integrierten Gesamtkonzept“, wobei für „rasche Ergebnisse und sichere Entscheidungen eine ganzheitliche Betrachtung der Wirtschaftlichkeit neuer Lösungen“ gefordert wird, was schließlich auch nichts anderes meint als die Profitabilität im Rahmen der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens. Gelernt wird ein regelrechter Eiertanz, der unter Einsatz von Kommunikationstechniken, Organisationsmethoden und modernen Maschinen den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als Konfliktpotential um die Rationalisierung gar nicht erst zur Erscheinung kommen lassen soll: so sollen Beschäftigte zum Beispiel durch Präsentationsformen überredet, durch Diskussions- und Abstimmungsregeln eingebunden und frühzeitig von „Betroffenen zu Beteiligten“ der Reorganisation gemacht werden, „damit sie auch weiteren Technikeinsatz und Anwendungen selbständig fördern“. Wesentliches Ziel der „Reorganisation durch multifunktionalen Technikeinsatz“ ist die „Produktivitätssteigerung und Verbesserung der Büroleistung, die sich positiv auf Absatz, Umsatz und Gewinn auswirken soll“. Die Funktion des in vielfältigen Visualisierungs-, Moderations-, Kreativitäts- und Bewertungstechniken geschulten Organisationsleiters besteht darin, mittels dieser Techniken das menschliche Ferment der Manipulation zu repräsentieren. Und so fehlt bei der Vorstellung von Organisationskonzepten keineswegs die humanistische Phrase: „Der Mensch soll im Mittelpunkt stehen, die Arbeitsplätze sollen interessanter und abwechslungsreicher werden“.

Daß eine produzierende Firma zugleich die technische Einweisung für ihre Maschinen vornimmt, Produktschulung durch ein Unternehmen, ist sicherlich schon so lange üblich, wie Produktionsmittel industriell gefertigt werden. Dementsprechend stellt heute eine Firma die Schulungsmöglichkeiten für die Bedienung ihrer Rechenanlagen zur Verfügung, die in der Industrie und in der Verwaltung eingesetzt werden. Wenn solche Einweisungen in der Regel als

zusätzliche Dienstleistung bezahlt werden müssen, ist dies zunächst nichts weiter als eine gewöhnliche kapitalistische Praxis. Als neues Phänomen etwa der letzten zehn Jahre ist hingegen die Finanzierung derartiger Anwenderschulung für Arbeitslose durch die Arbeitsverwaltung, aus staatlichen Mitteln also, zu betrachten, denn damit wird ein ursprünglich firmenspezifisches, partikulares Interesse an der Einweisung nun zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse erhoben. Praktisch eingelöst werden soll es dadurch, daß dem für den Arbeitsmarkt zu präparierenden Umschüler nun weniger ein spezifisches Produkt als vielmehr die Warenkunde eines ganzen Produktionsprogramms vermittelt wird. Ausgestattet mit Kenntnissen über die Anwendung von vorgefertigten Programmen ebenso wie über die Handhabung der technischen Ausstattung der Geräte werden die Teilnehmer des Kurses so unversehens zu Multiplikatoren für die Software und die Geräte des Bildungsträgers selber: staatlich finanzierte Marktpflege auf Kosten der Gesellschaft.

Den Nutzen aus dieser Politik zieht aber nicht allein der „Maßnahmeträger“, der aus staatlichen Mitteln die Ausbildungskosten für hochspezialisierte Arbeitskräfte finanziert bekommt und mit den Fortbildungskursen wegen der großen Nachfrage ein einträgliches Geschäft machen kann, sondern auch der Staat, der als Arbeitsverwaltung vor allem ein Interesse daran hat, eine nicht unerhebliche Anzahl Arbeitsloser aus der offiziellen Statistik streichen zu können (gewissermaßen als Alibi für die Erfüllung staatlicher Fürsorgepflichten gegenüber den Arbeitslosen), und für den es letztlich wesentlich kostengünstiger ist, die Unternehmen für die Weiterbildung und -verwertung des akademischen Überschusses direkt zu bezahlen als aufwendig die Bildungs- und Sozialeinrichtungen weiter auszubauen. Und die Teilnehmer? Sie haben nur den Vorteil, für einen gewissen Zeitraum Unterhalt, gesellschaftlichen Status (nach dem Motto: Umschüler in EDV ist immerhin mehr wert als arbeitslos) und erweiterte soziale Kontakte zu erhalten.

Der den Hochschulabsolventen für diesen Ausweg aus der Misere ihrer Arbeitslosigkeit und für den Eintritt in die Arbeitswelt abverlangte Verzicht und immaterielle Preis ist freilich hoch (und groß daher das Versprechen späterer Gratifikation und materieller Absicherung), denn es handelt sich bei dieser Umschulung nicht einfach um eine Ergänzung, sondern um eine Revision der

wissenschaftlichen Ausbildung, nicht um eine Bereicherung der Erfahrung sondern um eine Austreibung selbst noch der „wertfreien“, aber dennoch gesellschaftlich orientierten Reflexion zugunsten einer für die Produktion von Mehrwert relevanten Arbeitsform. Dienten bisher Akademiker aus den sogenannten Humanwissenschaften als Ideologieproduzenten lediglich vermittelt der Durchsetzung von Kapitalinteressen, so sollen die für dieses Geschäft überzählig Ausgebildeten nun direkt in den Mehrwertproduktionsprozeß eingespannt werden. Die gesellschaftlich affirmative Funktion des „Wissenschaft als Beruf“ treibenden Akademikers kommt bei diesem Rehabilitationsprozeß via Umschulung im Bereich der EDV gewissermaßen zu sich selbst: Die ehemals bloß ideologisch sich betätigenden Sachwalter der auf ihre Funktionalität reduzierten Objektivität lernen nun das nötige Handwerkszeug für die praktische, integrierte und digitalisierte Verwaltung einer ausschließlich dem Zwang der Kapitalverwertung folgenden gesellschaftlichen Totalität.

Aus: Ilse Bindseil, *Frauen 1 – Von Theorie bis Anarchie*, Freiburg (ça-ira Verlag) 1990.